

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/120

26. Juni 1976

Das Bildungssystem der demokratischen Gesellschaft

Der Weg zur integrierten Gesamtschule führt in die Zukunft

Von Albert Gaswald MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Die Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung

In der nächsten Wahlperiode stellen sich wichtige Aufgaben

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 bis 5 / 102 Zeilen

Die Geschäfte der Mainzer "Kohl-Laba"

Der CDU-Kanzlerkandidat kommt ins Gespräch

Von Karl Thorwirth MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Seite 6 und 7 / 74 Zeilen

Der Wahlkampf des Franz-Josef Strauß

Münchener CSU-Parteitag wurde zum Schlachtbeginn

Seite 8 und 9 / 89 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Brennsthaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 09 55 640 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Das Bildungssystem der demokratischen Gesellschaft.

Der Weg zur integrierten Gesamtschule führt in die Zukunft

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

Reformen, die wirklich notwendig sind, werden allgemein verstanden und auch angenommen: Aber der Weg zum Ziel bringt bei jeder Reform, da sie ja Änderung des Bestehenden bedeutet, Mißhelligkeiten und Schwierigkeiten. Diese werden von Gegnern genutzt, um Stimmung gegen die Zielsetzung überhaupt zu machen. So jetzt in Hessen bei der Schulreform.

Ihr Sinn - vernünftig, richtig und notwendig - ist es, in einem langen Entwicklungsprozeß schrittweise ein Bildungssystem zu schaffen, das dem liberal und sozial geprägten demokratischen Rechtsstaat und der in ihm lebenden offenen pluralistischen Gesellschaft entspricht: die integrierte Gesamtschule. Nicht etwa eine Einheitsschule, als die sie durch Tatsachenverdrehung ihrer Widersacher dargestellt wird, sondern eine für jedermann offene Bildungseinrichtung mit breit gefächertem Bildungsangebot, das jeder nach Begehung und Neigung in Anspruch nehmen kann.

Diese Zielsetzung mißfällt dem einen oder anderen in unserem Lande, vor allem natürlich den mehr Konservativen, die auf dem Bildungssektor nicht die Gleichheit der Möglichkeiten für alle wünschen. Sie nahmen sich daher - nicht ganz fair - Mängel in unserem Schulsystem, die mit der Reform eigentlich gar nichts zu tun haben, vor, um gegen die Reform an sich, die doch der Verbesserung der Situation dienen soll, zu polemisieren.

Von ganz besonders Vorsichtigen wird uns in dieser Situation der Rat gegeben, den Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, um für einige Jahre einigermaßen ruhig über die Runden zu kommen, auch wenn dabei das Vorhaben der Schulreform verunsichert oder gar vereitelt wird. Ich selbst schließe mich solchen Meinungen nicht an. Ich bin nach wie vor ehrlich davon über-

zeugt, daß unser Weg in der Schulpolitik richtig ist. Er begann unter Schwierigkeiten damit, daß wir nach dem Krieg gegen konservative Einflüsse die Gemeinschaftsschulen anstelle von Bekenntnisschulen in Hessen verbindlich machten. Wir gingen ihn weiter unter Schwierigkeiten gegen die Polemik der Opposition, als wir aus kleinen Dorfschulen Mittelpunktschulen schufen.

Und dieser Weg führt jetzt dem Ziel wieder näher, nämlich integrierte Gesamtschulen als Kern eines von der Vorschule bis zur Universität offenen Bildungswesens zu schaffen. Am Ende der Entwicklung soll einmal eine Schule in Hessen stehen, in der Lernen und Arbeiten für alle Schüler unabhängig von den häuslichen Voraussetzungen zu dem jeweils besten Erfolg gemessen an Eignung und Leistungsfähigkeit des einzelnen führen.

Erreicht haben wir dieses Ziel dann, wenn es uns gelungen ist, die Ganztageschule als logische Fortentwicklung im System der integrierten Gesamtschulen einzuführen.

Das geht freilich nicht von heute auf morgen. Das geht auch nicht ohne größeren finanziellen Aufwand. Aber ich meine, schulische und berufliche Bildung und Ausbildung der Jugend, ihre Vorbereitung auf das Erwerbsleben und auf eine gesicherte Stellung in der Gesellschaft sind heute die wichtigste Aufgabe unseres Landes. Es ist gerechtfertigt, Steuergelder dafür einzusetzen. Deshalb haben wir auch während schwieriger Zeiten in den letzten Jahren unser Schulwesen weiterentwickelt, die Anteile für seine Finanzierung in unseren Etats vergrößert. Diesen Weg gehen wir weiter. Bis zum Ziel. (~/28.6.1976/vs/e/pr)

+ + +

Die Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung

In der nächsten Wahlperiode stellen sich wichtige Aufgaben

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat eine Weiterentwicklung des Kassearzttrachts verabschiedet. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in den neuen Bestimmungen einen wirkungsvollen Beitrag zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung und damit auch zu einem weiteren Ausbau der sozialen Sicherheit. Bei der Weiterentwicklung des Kassearzttrachts ergab sich die Aufgabe, die notwendige vorausschauende Planung und Koordination im Gesundheitswesen mit dem Gedanken der Selbstverwaltung der am Gesundheitswesen Beteiligten zu verbinden. Diese Aufgabe wurde mit dem verabschiedeten Gesetzentwurf gelöst, und zwar besser, als es mit den zur Bürokratisierung tendierenden Vorschlägen des Landes Bayern bzw. des Bundesrats möglich gewesen wäre.

Die Änderung der Lastenverteilung zwischen Renten- und Krankenversicherung in der Krankenversicherung der Rentner wurde zunächst zurückgestellt. Die SPD-Bundestagsfraktion hält das für sachgerecht. Im Entwurf der Bundesregierung war zwar ursprünglich vorgesehen, den Anteil der Krankenkassen an den Kosten der Rentnerkrankenversicherung zu erhöhen. Das hätte sich jedoch in der augenblicklichen Situation auch psychologisch nachteilig auf die Bemühungen der Selbstverwaltung der Krankenkassen um eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen ausgewirkt. Deshalb wurde auf die geplanten Änderungen vorerst verzichtet. Die solide finanzielle Grundlage der Rentenversicherung erlaubte es - ohne Gefährdung der Renten - selbst in dem schwierigen Jahr 1975 und erlaubt es auch 1976, den Finanzierungsanteil der Rentenversicherung im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Dadurch konnten zusätzliche Impulse zur Beitragssatzsteigerung in der Krankenversicherung vermieden werden.

Die letzten Rentenanpassungsberichte der Bundesregierung sowie das Sozialbudget 1976 weisen allerdings offen und ohne jede Verschleierung aus, daß der heutige Finanzierungsanteil der Rentenversicherung überprüft werden muß. Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich deshalb für eine grundsätz-

liche Neuordnung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner aus. Sie muß dann aber so konzipiert werden, daß sie auf lange Sicht Bestand hat. Diese Reform wird in der nächsten Legislaturperiode auf der Tagesordnung stehen. Dabei wird die SPD-Bundestagsfraktion besonderen Wert darauf legen, daß die auf die Krankenversicherung entfallenden Lasten der Rentner-Krankenversicherung von allen Versicherten, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kasse oder Kassenart, solidarisch getragen werden.

Nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion liegt die Hauptursache der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nicht in zu hohen Leistungen der Krankenversicherung oder in zu hohen Ansprüchen der Versicherten, sondern in ungenügender Effizienz und überhöhten Preisen und Einkommen bei den Anbietern von Gesundheitsleistungen. Deshalb enthält das Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz keine Bestimmungen, die einen Leistungsabbau in der Krankenversicherung zur Folge hätten. Es hat Vorschläge und Überlegungen zu einigen Leistungsbeschränkungen gegeben. Nach sorgfältiger Prüfung ist die SPD-Bundestagsfraktion aber zu dem Ergebnis gekommen, diesen Anregungen nicht zu folgen.

Das vergangene Jahr hat den Anbietern von Gesundheitsleistungen im Unterschied zu den Arbeitnehmern große Einkommenszuwächse beschert, so daß Einsparungen zu Lasten der Versicherten die soziale Symmetrie verletzt hätten. Außerdem wären die Auswirkungen solcher Einschränkungen auf den Beitragssatz verschwindend gering gewesen. Dennoch hätten sie im Einzelfall den einkommensschwachen Versicherten empfindlich treffen können. Ferner hat die Selbstverwaltung der Krankenkassen bereits durch Satzungsänderungen in denjenigen Bereichen Abhilfe geschaffen, wo es vereinzelt zu "Wildwuchs" gekommen war, wie etwa bei den Zuschüssen zum Zahnersatz und den Kuren. Zudem haben die Bemühungen der Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion um eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen bereits erste Erfolge gebracht. Die Vorschläge aus der SPD-Bundestagsfraktion zur kurzfristigen Beitragssatzstabilisierung sowie die intensiven Verhandlungen der Bundesregierung mit den beteiligten Selbstverwaltungsorganen haben zumindest bei der Begrenzung der Ausgaben für die ambulante ärztliche Versorgung einen großen Schritt weitergeführt.

Weitere kurzfristige Maßnahmen zur Beitragssatzstabilisierung müssen folgen. Das gilt vor allem für die Zahnarzthonorare. Es ist durchaus ver-

treter, daß die Zahnärzte, die ja in der jüngsten Zeit sehr gut verdient haben, in diesem Jahr auf eine Anhebung des Punktwertes verzichten. Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet aber auch, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die zahnärztliche Vergütung im Rahmen der freien Heilfürsorge für die Angehörigen der Bundeswehr, des Zivildienstes und des Bundesgrenzschutzes die Position der Krankenkassen unterstützt. Die Bundesregierung darf sich nicht zum Vorreiter einer unge-rechtfertigten Verteuerung der zahnärztlichen Behandlung der versicherten Arbeitnehmer machen.

Es ist bedauerlich, daß die CDU/CSU die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zwar ständig propagandistisch ausschlachtet, sich aber bislang als gänzlich unfähig erwiesen hat, konkrete Vorschläge zur Kostendämpfung zu entwickeln. Die Opposition war auch nicht in der Lage, wenigstens dort praktische Konsequenzen zu ziehen, wo sie politische Verantwortung für die Höhe der Krankenkassenbeiträge trägt. Gemeint sind die Krankenhauspflegesätze, deren Höhe ja bekanntlich von den Ländern festgesetzt wird. Erst vor wenigen Tagen haben sich die unioneregierten Bundesländer geweigert, einer Vereinbarung zuzustimmen, durch die der Anstieg der Pflegesätze für 1976 auf 6,5 vH beschränkt werden sollte. Solange die CDU/CSU eine solch doppelbödige Politik betreibt, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß es ihr gar nicht so sehr um die Beitragsbelastung der Versicherten geht, sondern vielmehr um Wahlkampfmunition.

In der nächsten Legislaturperiode müssen die Neuordnung der ärztlichen und zahnärztlichen Vergütung, die Verbesserung der gesetzlichen Grundlage für die Krankenhausplanung und die Pflegesatzgestaltung, die bessere Verzahnung der ambulanten und stationären Behandlung sowie eine kostengünstigere Gestaltung der Arzneimittelversorgung in Angriff genommen werden. Von der CDU/CSU ist bislang noch nicht die Spur eines Programms für die Lösung dieser Probleme vorgelegt worden. In der Wahlplattform der Opposition heißt es lediglich: "Wir werden alle geeigneten und zumutbaren Maßnahmen treffen mit dem Ziel, die Kosten für unser Gesundheitswesen und damit die Beitragshöhe für die Versicherten innerhalb wirtschaftlich vernünftiger und finanziell vertretbarer Grenzen zu halten".

Das ist nichts weiter als eine unionstypische Leerformel. Die Sozialdemokraten jedoch haben mit den Beschlüssen ihres Mannheimer Parteitages und mit ihrem Regierungsprogramm bereits eine detaillierte und realistische Konzeption für kostendämpfende Strukturreformen in der Krankenversicherung vorgelegt. Auf dieser Basis gilt es, erfolgreich weiterzuarbeiten.

(-/28.6.1976/ve/e/pr)

+ + +

Die Geschäfte der Mainzer "Kohl-Laba"

Der CDU-Kanzlerkandidat kommt ins Gerede

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Warum diskutierten wir im Landtag von Rheinland-Pfalz über die Landesbank von Rheinland-Pfalz? Das Land ist neben den Sparkassen des Landes zu 50 vH Gewährträger. Wer die stolze Liste von Direktbeteiligungen liest, von mittelbaren Beteiligungen, die bis zu fernen Inseln reichen, garnicht zu reden, weiß, daß die "Laba" mehr übernationaler Konzern als ein Bankunternehmen ist. Die CDU-Landesregierung nimmt die Funktion der Gewährträgerrechte wahr durch den von der Landesregierung nominierten Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, und die CDU-Landesminister Johann Wilhelm Gaddum, Heinrich Holkenbrink und Heinz Schwarz, die dem Verwaltungsrat angehören. Der Minister für Wirtschaft und Verkehr ist doppelter Kontrolleur: Einmal kontrolliert er sich selbst und wartet in der Eigenschaft als Staatsaufsicht oder Verwaltungsrat jeweils auf Erkenntnisse, die das andere Organ bringt oder auch zu bringen unterläßt. Wir halten diese Doppelfunktion nicht für in Ordnung.

Zu Gaddums Bemerkung, nur wegen Dr. Kohl und seiner Landesbank-Funktionen sei die Opposition auf den Plan gerufen worden, sagte ich vor dem Landtag: Machen Sie ruhig eine Kohl-Debatte! Umso sicherer prägt sich ein: Nach der HELASA gibts jetzt die Kohl-LABA. Die eine Formel steht für geschäftlichen Mißerfolg, die andere für eine herausragende Sonderstellung, was schludrigen Umgang mit Rechtavorschriften, verbotene Geschäftspraktiken, rücksichtslose Geschäftspolitik im Sinne betriebswirtschaftlichen Vorteils und ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Folgen in voller Unbedenklichkeit gegenüber Stabilität unserer Währung angeht.

Verstöße gegen Stabilitätspolitik und gesetzwidriges Verhalten sind weder Kavaliere delikte noch Bagatelien. Wenn die Geschäfte wegen der besonderen Gewinnchancen gemacht wurden, so ist dies für eine Bank in öffentlicher Hand mehr als verwerflich! Auf die wiederholten Feststellungen der CDU-Landesregierung, auch des Ministerpräsidenten, der Bank sei kein wirtschaftlicher Schaden entstanden, stellte ich die Gegenfrage: Wie hoch wird eigentlich der gute Ruf der Bank, der auf das schwerste geschädigt ist, ver-

anschlagt? Ich bezweifle übrigens nach wie vor an, daß der wirtschaftliche Vorteil durch den Bußgeldbescheid von zwei Millionen DM voll abgeschöpft ist.

Was mußten Landesbank und Landesregierung auf die SPD-FDP-Initiative an Geschäften zugeben, die die Stabilitätspolitik gefährdeten?

1/ Die Landesbank verkaufte illegal an Gebietsfremde Wertpapiere im Nominalwert von 80 Millionen DM. Diese Verkäufe wurden ohne Namensnennung der Käufer abgewickelt und in ein Depot einer ausländischen Bank bei einem anderen Kreditinstitut gebracht.

2/ Die Landesbank wirkte ferner bei dem illegalen Erwerb festverzinslicher inländischer Wertpapiere durch Gebietsfremde in der Weise mit, daß sie im Frühjahr 1973 solche Titel im Nominalwert von 12,88 Millionen DM an eine ausländische Bank veräußerte.

3/ Die Landesbank nahm unerlaubt Wertpapiere im Nominalwert von 220 Millionen DM in das von ihr geführte Depot einer ausländischen Bank und lieferte auf deren Weisung die Wertpapiere an andere gebietsfremde Abnehmer aus.

4/ Für einen Teil der von ihr verkauften Wertpapiere ging die Landesbank berdepotpflichtige Rücknahmeverpflichtungen in Höhe von 44 Millionen DM ein.

5/ Vom April bis Juni 1973 hat die Landesbank sogenannte "Swappgeschäfte" abgeschlossen mit Kursgewinnen von 229 Millionen DM.

In einer Pressekonferenz von Kohl, Gaddum und Holkenbrink hörte sich das am 21. Mai 1976 noch so an: "Ich habe mich heute morgen bei der Bank noch einmal vergewissert, daß sich der Bußgeldbescheid exakt auf diese 86 Millionen DM bezieht. Mehr kann ich Ihnen hierzu nicht sagen. Alles andere gehört offensichtlich in den Bereich der Spekulationen!" Dies heißt: Noch bis zum 21. Mai haben Landesbank und Landesregierung nur die Existenz von Vorwürfen, wie sie unter der Ziffer 1 genannt wurden, zugegeben und alles andere in den Bereich der Spekulationen verwiesen.

Unsere Initiativen haben bewirkt, daß Kohl und Co. nach und nach in Richtung Wahrheit gezwungen wurden. Als weitere Ungesetzlichkeiten bei der "Kohl-Laba" stehen zur Klärung an: Dreiecksbeziehungen von Landesbank-Töchtern in Zürich und auf den Bahamas mit Staatsbanken der DDR!

(-/28.6.1976/ve/a/pr)

+ + +

Der Wahlkampf des Franz-Josef Strauß

Münchener CSU-Parteitag wurde zum Schlachtbeginn

Um ausnahmsweise mit Dr. Helmut Kohl zu sprechen: Es ist tatsächlich fünf Minuten vor 12, allerdings nicht, weil nach Meinung der Unions-Christen die SPD angeblich dem von der CDU/CSU so lautstark beworbenen Sozialismus-Gespens die Tür öffnen würde, sondern weil ein sehr lebendiger Exponent reaktionärer Geisteshaltung um jeden Preis entschlossen ist, die Macht im Staat an sich zu reißen und in bewährter "Diktatoren"-Manier die Bürger in der Bundesrepublik so zu befehligen, wie er es seit 15 Jahren mit seinen christsozialen Vasallen in Bayern zu tun gewohnt ist.

Jedem demokratisch gesinnten und freiheitsliebenden Bürger muß es Angst werden bei der Vorstellung, daß der CSU-Vorsitzende und seine rechtskonservativen CDU-Helfer Dregger, Filbinger und Carstens einmal in die Lage versetzt werden könnten, die Geschichte der Bundesrepublik zu bestimmen. Viel Phantasie braucht er dazu nicht. Spätestens die CSU-Herrschershow in München machte klar, daß der Wahlkampf der Opposition unter der alleinigen Befehlsgewalt von Franz-Josef Strauß ablaufen wird. Daß es bei dieser "wichtigsten Entscheidung seit Kriegsende" (Carstens) ausschließlich um die Mobilisierung unterbewusster Angstgefühle geht, hatte der CSU-Vorsitzende bereits in seiner Krisenstrategie von Sonthofen konzipiert: "Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren, und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Das es bei den anderen eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden und das zu sagen."

Auf dieses unheilvolle Rezept hat sich auch die CDU eingeschworen, woran weder Kohl noch Carstens, geschweige denn Filbinger oder Dregger den geringsten Zweifel ließen. Den Weg zur Macht pflastern sie mit böseartigen Verleumdungen des politischen Gegners, immer mit dem Ziel im Auge, den Wähler mit Verdrehungen, zweideutigen Interpretationen und unbeweisbaren Prophezeiungen zu verunsichern, ihn abzulenken von den Fragen nach bisherigen und zukünftigen sachlichen Alternativen zur praktizierten Regierungspolitik von SPD und FDP.

"Ich werde mich solange wiederholen, so lange das gleiche sagen, bis auch der letzte begriffen hat, worum es geht", meinte Strauß, und seine zweistündige Rede bewies es: Es geht nicht um die Sozialpolitik, um die drängenden kulturpolitischen Fragen, um Verkehrsausbau oder Wohnungsbau-politik, noch um die Außenpolitik - darüber verloren sowohl Strauß als auch seine CDU-Freunde kein Wort -, es geht ihnen mit ihrem Sozialismus-Gerede ausschließlich darum, den Wähler zu übertölpeln. Ist er erst genug mit Angst erfüllt, rechnen die Unions-Strategen, dann kommt er gar nicht mehr auf den Gedanken, danach zu fragen, was eine CDU/CSU-Regierung eventuell besser oder anders machen würde als die sozialliberale Regierung unter Helmut Schmidt.

Jenen wenigen CDU-Politikern, die bisher noch tapfer erkennen ließen, daß ihnen ein mit Sachargumenten geführter Wahlkampf im Interesse

der Demokratie eigentlich sinnvoller erschien, als die "Geopenater-Beschwörung" à la Strauß, Dregger und Filbinger, versucht der CSU-Chef vorsorglich Schuldkomplexe zu vermitteln. 1972, so meinte er, seien die "Aussagen" der CSU und damit ihr Ergebnis nicht ausreichend gewesen. Die CSU aber habe nur deshalb so gute Wahlergebnisse gehabt, weil sie sich "besonders klar, entschieden, eindeutig und glaubhaft präsentiert" habe (schon damals stempelte Bayerns SPD den CSU-Vorsitzende in einer Dokumentation als Angstmacher und Ehrabschneider ab).

Kanzlerkandidat (von Straußens Gnaden) Helmut Kohl weiß denn auch bereits, was er seinem "geistigen Führer" aus Bayern schuldig ist. Er überschlug sich in München nachgerade in devoten Gemeinsamkeitsbekenntnissen und nahm die "Zusicherung" des Tagungspräsidenten Jaeger dankbar an, daß er sich auf Bayern "verlassen" könne. Dabei hatte er wohl bewußt verdrängt, daß eben dieses Versprechen auch seinen Kandidatenvorgängern und Kanzlern gegeben worden war, und daß da kaum einer war, dem Strauß schließlich nicht den "Dolch in den Rücken gestoßen" oder zumindest einen kräftigen Fußtritt versetzt hätte. Man erinnere sich nur an Erhard, Barzel und Kiesinger.

Rechthaber Strauß ist natürlich schlau genug, um sich rechtzeitig vor der erneuten Wahlniederlage abzusichern. Diesmal allerdings, und das ist neu, Arm in Arm mit den zwei christdemokratischen "Brüdern" aus Baden-Württemberg und Hessen. "Die Süddeutsche", so ließ er wissen, "ist auch ein bestimmter Ausdruck kämpferischer Verhaltensweise in politisch schwierigen Zeiten" und: "Hätte man in den Jahren 1969 und 1972 in allen Bundesländern so gewählt, wie in Bayern und Baden-Württemberg, was wäre uns und der Umwelt erspart geblieben?"

Wie sich das Trio selbst empfindet, das führte Dr. Alfred Dregger in seiner Begrüßungsrede aus. Er unterstrich nachdrücklich, daß er sich "außerordentlich wohl im Kreise der süddeutschen Herzöge fühle". Welch Geistes Kind diese Herzöge sind, verdeutlichte "Herzog Franz-Josef" im hessischen Butzbach, wo er kürzlich kund und zu wissen gegeben hatte, daß er "wie in alten Zeiten des Reiches als Franz-Josef aus Bayern gegen Helmut den Schneidigen antrete" (er meinte nicht den Helmut aus Mainz). In München blies er jetzt endgültig zum Kampf, als er seine Mannen aufrief, den Helm fester zu binden und an die nächste Schlacht zu denken. Die Vergleiche sind so anachronistisch nicht, wie sie auf den ersten Blick scheinen mögen, denn auch Herzöge und andere Stämmeherren, wenn sie im Kampf den Sieg und damit die Macht über ein Territorium errungen hatten, pflegten dort nicht die demokratischen Gesellschaftsformen durchzusetzen, sondern nach Gutdünken zu schalten und zu walten.

Und das eben ist eine Regierungsart, die auch den selbsternannten Herzögen liegen dürfte. Daß es ihnen weniger darum geht, Sachaufträge der Wähler zu erfüllen als vielmehr Macht auszuüben, beweisen sie durch ihren Wahlkampfstil, der sich einerseits in beispielloser Enthaltensamkeit in Sachfragen, andererseits in einem erschreckenden Übermaß an aggressiver Agitation äußert.

Ingrid Burkert
(-/28.6.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller